

Kantonspolizei Bern

Jahresrapport vom 20. November 2009

Ausführungen von Herrn RP Hans-Jürg Käser

Anrede

Zunächst möchte ich Ihnen meinen herzlichen Dank aussprechen für Ihren grossen und unermüdlichen Einsatz im zu Ende gehenden Jahr. Aus polizeilicher Sicht mag es zwar kein „Spitzenjahr“ gewesen sein wie 2008, als wir im Kanton Bern die Fussball-Europameisterschaft zu Gast hatten. Und doch gab es auch in diesem Jahr ein paar happige Brocken zu bewältigen. Ich denke etwa an die Eishockey-Weltmeisterschaft in Bern, an die beiden Staatsbesuche oder an die zahllosen OD-Einsätze bei Sportveranstaltungen und Demonstrationen.

All diese Herausforderungen hat die Kantonspolizei mit Bravour gemeistert. Das erfüllt mich als Polizeidirektor mit Stolz. Stolz auf Sie alle, die Sie jeden Tag für die

Sicherheit in diesem Kanton den Kopf hinhalten. Stolz aber auch auf die Institution Kantonspolizei, die ihren Auftrag auch in schwierigen Zeiten erfüllt. Und zwar nicht nur „hübchläb“ erfüllt, sondern mit Hingabe und Herzblut – das will ich hier klar unterstreichen.

Mein Respekt vor Ihrer Arbeit ist um so grösser, weil mir vollkommen bewusst ist, wie schwierig die Rahmenbedingungen in letzter Zeit geworden sind. Immer wieder heisst es, was die Polizei noch alles an zusätzlichen Aufgaben übernehmen sollte. Dabei hat die Belastung des Korps die Grenze des Zumutbaren längst überschritten. Dass unter diesen Umständen dem einen oder anderen von Ihnen der Kragen platzt, verwundert mich nicht. Ich verstehe Ihre Besorgnis, und ich weiss genau so gut wie Sie, dass dieser Zustand auf Dauer unhaltbar ist. Denn in einem Punkt sind wir uns alle einig: Die Kapo braucht mehr Leute. Und zwar nicht erst in zehn Jahren, sondern so rasch wie möglich.

Als ich am letzten Jahresrapport vor Ihnen stand, war ich zuversichtlich, in diesem

Jahr in Sachen Korpsaufstockung etwas erreichen zu können. Mit dem Projekt LOBENAR wollte ich dem Regierungsrat und dem Grossen Rat aufzeigen, dass die Kapo rund 200 zusätzliche Stellen braucht. Die Gründe dafür lagen und liegen auf der Hand: die ständig neuen Aufgaben, die gestiegenen Erwartungen, die zunehmende Komplexität der Polizeiarbeit – aber auch die immer häufiger werdenden OD-Einsätze rund um die Fussball- und Eishockeystadion.

Was damals niemand wissen konnte, ist, wie heftig die Wirtschaftskrise unseren Kanton treffen würde. Heute wissen wir es: Wegen der Krise musste und muss der Kanton Bern massive Einbussen bei den Steuereinnahmen in Kauf nehmen. Noch ist unklar, wann wir die Talsohle hinter uns haben und es endlich wieder aufwärts geht. Weder Sie noch ich können das beeinflussen – ein klassischer Fall von „höherer Gewalt“.

Das heisst nun aber nicht, dass ich die Segel in Sachen LOBENAR gestrichen hätte – ganz im Gegenteil. Zwischen Mai und August habe ich nicht weniger als

dreimal im Regierungsrat für dieses Projekt gekämpft. Und ich kann Ihnen versichern, ich werde weiterkämpfen – solange, bis die Aufstockung endlich Realität wird.

Einstweilen aber hat der Regierungsrat als oberste vollziehende Behörde in diesem Kanton anders entschieden. Er hat die aus dem Ruder laufenden Finanzen höher gewichtet als das Bedürfnis der Kapo nach einer Korpsaufstockung. Was heisst das nun für das Projekt LOBENAR? Das bedeutet, dass die Aufstockung nicht als „Gesamtpäckli“ dem Grossen Rat zum Entscheid vorgelegt wird, wie ich es mir gewünscht hätte. Stattdessen soll sie ab 2011 etappenweise Jahr für Jahr im Rahmen der ordentlichen Budget- und Finanzplanung realisiert werden. Mit anderen Worten: die Kapo kann ihren Bestand nur dann aufstocken, wenn auch wirklich genügend finanzielle Mittel dafür vorhanden sind.

Als Polizeidirektor war ich von diesem Entscheid natürlich alles andere als begeistert. Andererseits gibt es neben der POM auch andere Direktionen, deren Wünsche nicht auf Anhieb erfüllt werden. Auch andere Leute aus dem

Regierungskollegium müssen ihre Bedürfnisse wegen der gegenwärtigen Finanzlage vorderhand hinausschieben. So bitter es in Ihren Ohren auch klingen mag – aus staatspolitischer Sicht ist die Haltung des Regierungsrats nachvollziehbar.

Dazu kommt noch etwas anderes. Mit seinem Entscheid hat der Regierungsrat keineswegs gesagt, die Aufstockung sei überflüssig und könne gestrichen werden. Im Gegenteil: er hat den ausgewiesenen Bedarf von zusätzlichen Polizeistellen ausdrücklich zur Kenntnis genommen und die dafür nötigen Mittel im Finanzplan belassen. Mit anderen Worten: die Regierung hat das dringende Bedürfnis der Kapo nach einem gestaffelten Bestandesausbau grundsätzlich anerkannt. Das ist immerhin ein gutes Zeichen.

Positiv werte ich zudem den allenthalben laut werdenden Ruf nach mehr Polizei. Das zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Kantons begriffen haben, dass es so nicht mehr weiter gehen kann. Diese Haltung kommt nicht zuletzt auch in zwei Vorstössen im Grossen Rat zum Ausdruck
(Achtung: Bezug zu laufender Session

herstellen). Die Diskussion im Parlament zeigt, dass unser Anliegen breiten politischen Rückenwind genießt. Und der ist in diesen finanzpolitisch schwierigen Zeiten dringend nötig.

Diesen Rückenwind will ich weiterhin ausnützen. Und ich bin trotz allem optimistisch, dass wir mit dem Projekt LOBENAR schon in den nächsten Monaten einen Schritt weiter kommen. Nämlich dann, wenn die Ausgangslage für das Budget 2011 klarer wird. Konkret dürfte das bedeuten, dass wir 2010 die ersten 25 zusätzlichen Polizistinnen und Polizisten rekrutieren können. Diese würden ihren Dienst im Herbst 2011 antreten. Damit wäre zumindest ein erster Schritt zur Entlastung des Korps getan.

Einen kleinen Schritt weiter sind wir auch beim Thema Lohnungleichheiten gekommen. Im kommenden Jahr können rund 400'000 Franken in Form von zusätzlichen Lohnstufen zur Beseitigung der ärgsten Ungerechtigkeiten im unteren Bereich der Lohnbandbreite eingesetzt werden. Die entsprechenden Entscheide

wird der Kommandant punktuell und auf Antrag der Personalabteilung fällen.

Nun komme ich zu einem anderen Thema, das mich auch im vergangenen Jahr stark beschäftigt hat: die Gewalt rund um die Fussball- und Eishockeystadien im Kanton Bern. Sei es beim Cupfinal YB-Sion, bei den verschiedenen Super-League-Spielen oder bei diversen Hockeymatches in Bern, Biel und Langnau: immer wieder mussten – und müssen – Hunderte von Polizisten aufgeboten werden, um rund um die Stadien für Sicherheit zu sorgen. Nicht nur waren und sind diese Einsätze für die Betroffenen alles andere als angenehm – diese Polizisten fehlen dann auch an anderer Stelle. Sie fehlen zu Hause bei ihren Familien. Sie fehlen aber auch bei der polizeilichen Grundversorgung.

Für mich ist klar, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Es kann nicht sein, dass Wochenende für Wochenende schweizweit an die tausend Polizisten wegen ein paar Schwachköpfen im Einsatz stehen – und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erst noch die Zeche zahlen. Das sehen auch viele meiner Kolleginnen und

Kollegen aus anderen Kantonen so. Deshalb habe ich als Mitglied einer Delegation der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren sowie des Bundesamts für Polizei Anfang August eine Reise in mehrere europäische Länder gemacht. Wir wollten herausfinden, wie diese Länder – nämlich England, Belgien, Deutschland und die Niederlande – mit der Gewalt im Sport umgehen.

Was wir dort gesehen haben, hat mich tief beeindruckt. In Antwerpen zum Beispiel haben wir ein Hochrisikospiele zwischen dem einheimischen Club Germinal und Standard Lüttich besucht. Können Sie sich vorstellen, wie viele Polizisten dabei im Einsatz standen? Keine zwei Dutzend! Und zwar nicht etwa in der OD-Ausrüstung, sondern im orangenen Gilet. Und Trotzdem gab es rund um dieses Spiel keine Gewalt und keine Ausschreitungen, keine Verletzten und keine Sachbeschädigungen. Und auch Fan-Umzüge mit Vermummten habe ich keine gesehen. Von solchen Zuständen können wir hier nur träumen...

Meine Meinung ist: Wenn so etwas in anderen europäischen Ländern möglich ist, dann muss es auch bei uns in der Schweiz möglich sein. Dazu muss die Politik aber das Heft in die Hand nehmen und klare Spielregeln definieren, an die sich alle beteiligten Partner zu halten haben. So, wie es in vielen anderen Ländern seit jeher der Fall ist (z.B. Bussen für „Schlämperlige“ gegen Polizisten oder Urinieren in der Öffentlichkeit).

Letzte Woche sind wir auf dem Weg zu solchen verbindlichen Spielregeln einen grossen Schritt weitergekommen. Am 13. November hat die KKJPD eine gemeinsame „Policy gegen Gewalt im Sport“ verabschiedet – vielleicht haben Sie aus den Medien davon gehört. Dieses Konzept sieht ein ganzes Bündel von Massnahmen vor, die zumindest in den Grundzügen bis zum Beginn der Fussball- und Eishockeysaison 2010/2011 eingeführt werden sollen – und die übrigens im Kanton Bern zu einem guten Teil schon heute Realität sind.

Die Massnahmen betreffen die verschiedensten Bereiche – von der

Stadionsicherheit über die Reisebewegungen der Fans bis zur Identifizierung von Gewalttätern. Angesprochen sind dabei nicht nur die Polizei und die Justiz, sondern auch Stadionbetreiber, Sportverbände und -vereine – und sogar Transportunternehmen. Die Palette der Massnahmen reicht vom Verzicht auf Stehplätze in allen Stadien über eine Bewilligungspflicht für jedes einzelne Spiel bis zur Verpflichtung der Gästefans, mit so genannten Kombitickets anzureisen. Selbstverständlich wird auch das Thema Alkohol nicht ausgeklammert. So soll künftig in Extrazügen und Bussen grundsätzlich ein Alkoholverbot gelten, ebenso wie im Gästesektor der Stadien.

Entscheidend ist bei all diesen Aktivitäten, dass sämtliche Partner aktiv mitmachen und wirklich am gleichen Strick ziehen. So erwarte ich, dass auch die Sportverbände und Clubs ihren Beitrag zur Lösung des Problems leisten, indem sie beispielsweise mehr Stewards einsetzen als bisher. Tun sie das nicht, so müssen sie künftig damit rechnen, zur Kasse gebeten zu werden. Denn es kann nicht sein, dass die

Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf Dauer praktisch allein für die Millionenbeträge aufkommen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit rund um die Stadien nötig sind.

Wie gesagt: Das Ziel muss sein, dass der Staat das Heft in die Hand nimmt und sagt, welche Spielregeln gelten. Dann muss er aber auch dafür sorgen, dass diese Spielregeln durchgesetzt werden – wenn nötig mit Hilfe der Justiz. Wenn das gelingt, bin ich zuversichtlich, dass der polizeiliche Aufwand rund um die Sportstadien auf ein vertretbares Mass gesenkt werden kann. Davon dürften letztlich auch Sie als Polizistinnen und Polizisten profitieren, indem Sie am Wochenende künftig wieder vermehrt zu Hause bei Ihren Familien bleiben können.

Damit komme ich zum Schluss. Trotz aller Schwierigkeiten bin ich nach wie vor überzeugt, dass die KAPO Bern ihre Aufgaben insgesamt sehr gut erfüllt. Dafür danke ich Ihnen herzlich und wünsche Ihnen weiterhin viel Befriedigung im Beruf sowie alles Gute für die bevorstehenden Festtage.